Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M., Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich-Ungarn vierteljährlich 5 K 45 h.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet **10 Pfg.**

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.

Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig u. Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 75 Pf.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.

Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: **Augustusplatz 8**, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603).

Nr. 125. **Montag** 6. Mai 1907. **101. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Hauptausschuß für staatliche Pensionsversicherung hielt gestern in Berlin eine Versammlung ab, der als Gäste die Herren Reichstagsabgeordneten Dr. Potthoff, Freiherr Heyl v. Herrnsheim und Dr. Stresemann beiwohnten. (S. Letzte Dep.)

* Anläßlich der vierzigjährigen Jubelfeier der Reichspartei und der freikonservativen Fraktion vereinigten sich gestern die Mitglieder der beiden Fraktionen zu einem Festmahl in der Wandelhalle des preußischen Abgeordnetenhauses. (S. Letzte Dep.)

* Von einem angeblichen Angriff auf zwei Deutsche in Marrakesch ist auf der deutschen Gesandtschaft in Tanger nichts bekannt. (S. auch Letzte Dep.)

* Der „Corriere della Sera" erklärt das Gerücht über ein geplantes Attentat auf König Eduard auf Grund authentischer Informationen als jeder Begründung entbehrend.

* Der englische Kriegsminister Haldane hat gestern in York eine bemerkenswerte Rede gehalten, in der er die englischen und deutschen Streitkräfte miteinander verglich und die Abrüstungsfrage indirekt berührte. (S. Letzte Dep.)

* In einigen Kreisen in Tokio glaubt man, daß der Unterzeichnung des japanisch-russischen Vertrages der Abschluß einer französisch-japanischen Entente folgen werde.

* Da die russischen Truppen aus Nordkorea immer noch nicht zurückgezogen sind, hat der japanische Befehlshaber, wie aus Tokio gemeldet wird, Auftrag erhalten, hiergegen zu protestieren.

* Das Rennen um das Große Goldene Rad von Steglitz endete mit dem Siege Guignards vor Demke und Dickentmann. Rohl kam zu Fall. (S. Sport.)

* Bei den gestrigen Radrennen in Erfurt kam der Amerikaner Walthour zu Fall. Er trug schwere Kopfverletzungen davon und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. (S. Sport.)

* Die Rennen in Münster i. W. wurden jäh unterbrochen, da nach dem ersten Rennen in einer in unmittelbarer Nähe des Rennplatzes gelegenen Stallung Feuer ausbrach, bei dem auch neun Rennpferde zugrunde gingen. (S. Sport.)

* Bei dem gestrigen Rennen in Brüssel gewann den Grand Prix de Bruxelles (50 000 Frcs.) Monl. F. Brugmanns „Chambolle" vor den beiden Franzosen „Roncal" und „François". (S. Sport.)

Die Liberalen und die politische Lage.

Aus süddeutschen Hochschulkreisen wird uns geschrieben:

Die politische Situation ist voll Verworrenheit. Was wird? so fragt man auf allen Seiten. Es kann der Antwort nur förderlich sein, wenn man sich vergegenwärtigt, was war und was ist.

Was war? Zweierlei. Auf der einen Seite deutliche Ansätze zur Bildung einer vereinigten Rechten. Auf der anderen Seite laute Wünsche nach einer vereinigten Linken.

Das erste ist merkwürdigerweise wenig beachtet worden. Man hat wohl von konservativ-klerikaler Mehrheitsbildung, Verbrüderung, Geistesverwandtschaft geredet — aber das Entscheidende, die Neigung des Zentrums, eine konservative Volkspartei zu werden, blieb fast gänzlich unbeachtet. Wir müssen heraus aus dem Turm, dem konfessionellen nämlich, rief Herr Bachem. Man deutete es als eine jesuitische Spiegelfechterei, bestimmt, die Protestanten über den konfessionellen Charakter des Zentrums zu täuschen. Und doch war es der Ausdruck eines Empfindens, das in den besten Führern des Zentrums lebte und sich beständig verstärkte, eines Empfindens, dem nachträglich auch, wenn auch ein wenig verhüllt, der Freiherr von Hertling in seiner vielbeachteten Etatsrede Ausdruck gegeben hat. Diese Neigung des Zentrums, sich langsam zu entkonfessionalisieren, hat aber auch auf der bisherigen Rechten starke Gegenliebe gefunden. Seit langem war es auffällig, wie sehr die Organe und die Führer des Bundes der Landwirte und der Antisemiten sich bemühten, mit dem Zentrum auf freundlichem Fuße zu stehen. Die „Kölnische Volkszeitung" hat der „Deutschen Tageszeitung" bemerkenswert oft das Zeugnis eines „objektiven", „besonnenen" Blattes ausgestellt. Daß die Deutschkonservativen seit dem Zerbröckeln des Kartells immer enger an das Zentrum heranrückten, braucht kaum erinnert zu werden. Und es ist bekannt, wie die rechtsstehenden Elemente der nationalliberalen Partei sich mit dem Gedanken eines Anschlusses an diese Koalition vertraut gemacht hatten: es wurden direkte Wahlkompromisse mit dem Zentrum angebahnt — Bassermann hat diese jungen Beziehungen noch in seinen Wahlreden erwähnt. Gar kein Zweifel: eine ungeheure konservative Front stand im Begriffe, sich zu formieren, mit der Zentrumspartei als dem eigentlichen Kern. Zentrum und Bund der Landwirte hätten die Massen geliefert, ohne die keine Politik heutzutage gemacht werden kann: die Bauern, Handwerker, Arbeiter christlicher Färbung. Deshalb hatten ja einst die Konservativen agrarisch werden müssen, weil der Bund der Landwirte ihnen sonst ihre Massen wegzunehmen drohte. Gegenüber dem Bund und den Konservativen aber war das Zentrum schon darum zur Führung der neuen Rechten bestimmt, weil es wirtschaftlich und politisch die modernere Bildung darstellte, weil es im Süden und Westen seinen Boden hatte, mit der Industrie sich abzufinden gelernt und doch Bauernschaft und Kleingewerbe sich zu erhalten gewußt hatte. Wenn man sich ein Bild der Politik zeichnen wollte, die eine „konservative Volkspartei" in Deutschland zu treiben hätte, so würde es der Zentrumspolitik des letzten Jahrzehnts sehr, sehr ähnlich werden.

Auf der Linken schien die Sozialdemokratie einen entsprechenden Kern für eine Frontbildung abgeben zu können, wie auf der Rechten das Zentrum. Aber eben nur zu können! Sie wollte nicht; während das Zentrum drängen wollte. Sie sträubte sich dagegen, demokratische Volkspartei zu werden und damit der werdenden konservativen Volkspartei ein Paroli zu bieten. Auch andere Gruppen der Linken zauderten: z. B. die freisinnige Volkspartei. Indessen, das wäre ohne rechten Belang gewesen. Wenn die Sozialdemokratie wirklich den Schritt zur Volkspartei getan hätte, so hätte sie die übrige Linke unwiderstehlich an sich gerissen, genau wie das Zentrum in dem Maße, wie es konservative Volkspartei wurde, magnetisch auf die übrigen Gruppen der Rechten wirkte. Nach der Masse hin gravitieren unterm allgemeinen Wahlrecht alle Einzelsplitter, und die Masse vertrat rechts das Zentrum, links die Sozialdemokratie. Die Entwicklung wäre über alle Eigenbrödelei hinweggeschritten, die etwa eine Gruppe der Linken zu treiben versucht hätte. Fanden sich doch selbst die Jungliberalen mit der Idee der Anlehnung an die demokratischen Arbeitermassen allmählich ab. Entscheidend war: die Sozialdemokratie wollte nicht. Sie versteifte sich darauf, sozialistische Proletarierpartei zu bleiben. Sie lief hinter den Mandaten her, verbündete sich des Mandatgewinns halber in Baden mit den Liberalen, in Bayern genau so mit dem Zentrum. Sie lehnte es ab, die Politik großen Stils auf der Linken zu treiben, die das Zentrum auf der Rechten trieb. Damit stärkte sie die Antipathien gegen sich in der freisinnigen Volkspartei, kompromittierte sie die Bemühungen der freisinnigen Vereinigung, erstickte sie den guten Willen der Jungliberalen im Keime. Wer hätte auf der Linken nicht eine starke Linke gewünscht? Daß aus solchen Wünschen Ansätze würden (wie auf der Rechten, wo übrigens die praktischen Ansätze den eingestandenen Wünschen vorausgeeilt waren), verhinderte die Sozialdemokratie, indem sie immer gellender in ihr Klassenkampfhorn stieß und auch die zur Verbündung mit ihr bereiten Gruppen kurzerhand zur einen reaktionären Masse ward.

Die Wahlen von 1903 hätten für die Linke vernichtend ausfallen müssen, denn sie hätten die vereinigte Rechte gegen die zersplitterte Linke geführt. Sie hätten ganz gewiß der Sozialdemokratie Verluste, den Liberalen wahrscheinlich die Aufreibung gebracht, die Nationalliberalen aber fest an die Seite der Rechten geschmiedet.

Warum es zu diesen Wahlen nicht kam, darüber brauchen wir uns hier den Kopf nicht zu zerbrechen, sintemalen das vorläufig mit Sicherheit von niemandem ermittelt werden kann. Die Vorgeschichte des 13. Dezember 1906 ist in Halbdunkel gehüllt. Die Wirkungen dieses Tages aber liegen klar vor uns ausgebreitet. Sie sind, kurz gesagt, die Niederlage der Sozialdemokratie, die Lösreißung des Zentrums von der Rechten, die Einigung der Linksliberalen und die Linksorientierung der Nationalliberalen.

Die Ansätze zu einer vereinigten Rechten sind auf längere Zeit hin verschüttet. Das Zentrum geht wieder mit konfessionellen Schlagern schärfster Zuspitzung agitieren; aus der Bahn, die zur konservativen Volkspartei führte, ist es mit einem Ruck herausgeworfen. Zwar scheint es, als wolle die „Wirtschaftliche Vereinigung" an dieser Bahn sich nicht irre machen lassen. Trotzdem — die einheitliche Front ist vorläufig dahin. Zu ihrer Wiederherstellung bedarf es längerer Zeit, und das Bündnis des Zentrums mit der Sozialdemokratie hat die Arbeit, die zu solcher Wiederherstellung nötig ist, recht erschwert. Selbstverständlich werden sich, wie jüngst im preußischen Landtage, Zentrum und Konservative in zahlreichen Fragen faktisch zusammenfinden. Nur die innere Wandlung des Zentrums ist eben unterbrochen worden. Die Voraussetzungen für eine über die Taktik hinaus im Geist geeinte Rechte sind beseitigt.

Dagegen präsentieren sich nunmehr die schüchternen Ansätze einer Linken. Die Möglichkeit eines Friedens zwischen den Nationalliberalen und dem Zentrum ist auf absehbare Zeit vorüber, und positiv ist die Annäherung der Nationalliberalen an die übrige liberale Linke ganz unverkennbar. Wie weit sie sich festigen wird, steht dahin. Ganz sicher ist die ernstliche Absicht des Zusammenarbeitens mit den Liberalen bei der Mehrzahl der Nationalliberalen vorhanden. Das hat sich schon in der Wahlbewegung gezeigt, es zeigt sich auch im Parlament.

Die Sozialdemokratie steht abseits. Ihre Macht ist gebrochen; parlamentarisch wenigstens. Aber nichts spricht dafür, daß sie den Willen hätte, sich zu ändern, demokratische Volkspartei zu werden. Gar nichts. Im Gegenteil. Sie hat sich mit der augenblicklich in die Verärgerung und Enttäuschung gedrängten Zentrumspartei liiert: einfach der Negativität, der Opposition halber.

Von den beiden Politikern, die die künftige Linke an die Sozialdemokratie anlehnen wollten, hat der eine, Naumann, die vorläufige Unmöglichkeit dieses Beginnens bereits erkannt. Er sieht, daß man sich mit dem liberalen Zusammenschluß begnügen muß und daß jetzt viel mehr Hoffnung besteht, die Nationalliberalen als die Sozialdemokraten in die Linke hineinzuziehen. Der andere, Theodor Barth, will den Glauben an die Sozialdemokratie noch nicht aufgeben. Gerade auch für den Augenblick nicht. Da er aber doch weiß, daß die Sozialdemokratie zu einem wirklichen Zusammenarbeiten nicht zu haben ist, so rät er, die Liberalen sollten so demokratische Politik machen, daß die Sozialdemokraten und das demokratisch sich gebärdende Zentrum nicht anders könnten, als an ihre Seite treten. Herr Barth hat diese Vorschläge kürzlich erst mit scheinbarer Logik entwickelt, aber in der Praxis ist nichts damit anzufangen. Das Zentrum denkt gar nicht daran, solche Politik im Ernste zu treiben, und es ist ihm gleichgültig, ob die Liberalen es als reaktionär hinstellen, einfach weil es seine Wählermassen mit Hilfe des kirchlichen Apparates so fest in der Hand hat, daß keine liberale Beweisführung sie ihm abspenstig macht. Die Sozialdemokratie aber charakterisiert sich ja doch gerade dadurch, daß sie ernsthafte Volkspolitik nicht treiben mag, sondern reine Demonstrationspolitik treiben will. Sie überbietet jede demokratische Forderung durch eine ultraradikale und schreit über Reaktion, wenn die nicht durchzusetzen ist. Die Liberalen würden einfach dieselbe Demonstrationspolitik machen müssen, wenn sie sicher sein wollten, die heutige Sozialdemokratie neben sich zu haben. Dann aber könnten sie sehr leicht bei der nächsten Wahl das Schicksal dieser Sozialdemokratie teilen.

Der leitende Staatsmann hingegen will konservativ-liberale Politik treiben. Das klingt wunderlich und wird viel bespöttelt. Sieht man indes genau zu, so ist es der einzige Ausweg aus der momentanen Situation; natürlich nur als praktisches Zusammenarbeiten der Konservativen und Liberalen gedacht. Es hält die Konservativen vom Zentrum fern, erleichtert den Nationalliberalen die Eingewöhnung in die Linksstellung und setzt die Sozialdemokratie eine Zeitlang ganz matt. Alle drei Wirkungen liegen im Interesse des Liberalismus der dazu noch taktisch bescheidene legislatorische Vorteile (wenn auch recht bescheidene) einheimst. Natürlich kann von einer „Paarung" konservativen und liberalen Geistes keine Rede sein. Natürlich wird auch die Zeit kommen, wo die Wiederanknüpfung der Bande zwischen den Konservativen und dem Zentrum unvermeidlich wird. Dann taucht von neuem die „Vereinigte Rechte" am Horizont auf und es kommt alles darauf an, daß bis dahin die Sozialdemokratie zur Besinnung gebracht ist und die Nationalliberalen dem Liberalismus fest einverleibt sind. Denn dann wird der Rechten sofort eine Linke gegenüberstehen. Es ist vielleicht nicht leicht für die Liberalen, aus so komplizierten Erwägungen heraus zu handeln — und nicht zu handeln. Aber es ist nötig. Es ist der einzige Weg, um aus dem Chaos unseres Parlamentarismus zum Zweiparteienwesen uns durchzuarbeiten. Die Sozialdemokratie hat es nur sich zuzuschreiben, daß der Weg über ihre vorläufige Matt-setzung führt.

Das nordamerikanische Völkerproblem im Lichte der neuesten Einwanderungsstatistik.

Fast zur selben Zeit, da der amerikanische Präsident Roosevelt zu Jamestown in seiner Begrüßungsrede an die Vertreter der kontinentalen Staaten auf die aus der Blutmischung hervorgehenden Charaktereigentümlichkeiten der amerikanischen Bevölkerung hinwies — ein Hinweis, der zweifellos diese Blutmischung als eine günstige darstellen wollte — erschien der jährliche Bericht des Generalkommissars der Einwanderung. Er umfaßt den Zeitpunkt vom 30. Juni 1905 bis zum 30. Juni 1906 und ergibt ein riesenhaftes Anschwellen des Einwandererstromes, wie er in solcher Hochflut noch niemals beobachtet worden ist. Aber die Zuflüsse, aus denen dieser Strom gespeist worden ist, sind jetzt ganz andere als die früheren. Es ist höchst interessant, die neuesten statistischen Angaben nach dieser Richtung hin zu prüfen.

Während im vorhergehenden Jahre die Zahl der Einwanderer die an sich beträchtliche Ziffer von 1 026 499 Personen erreichte, sehen wir in derselben Zeit des letzten Jahres 1 100 735 Einwanderer den Boden der nordamerikanischen Union betreten. Davon stammten allein aus Europa 1 018 365 Personen. Ohne weiteres ist also zuzugeben, daß die weiße Einwanderung in erster Linie den gewaltigen Strom speist. Von 1820 ab, dem ersten Jahre der Registrierung der Einwohner, bis 1900 sind nicht weniger als 19 Millionen Einwanderer jeder Nationalität nach Amerika gekommen, und diese Millionen „Rekruten" sind meist herübergewandert in der Kraft ihrer Jugend, manche mit Kapitalien, die sie zum Nutzen des Landes wie zu ihrem Vorteil angewendet haben, manche aber auch durch ihre Arbeit bedeutend zur Entwicklung der Bevölkerung beitragend, ohne daß ihre Erziehung der amerikanischen Nation auch nur einen Pfennig gekostet hätte. Bis vor 24 oder 25 Jahren — einem Zeitpunkt, den die Amerikaner sehnsüchtig wieder herbeirufen möchten — standen Deutschland, die skandinavischen Länder (Schweden, Norwegen, Dänemark), England, Irland und Schottland an der Spitze dieser Völkerbewegung. Heute aber ist das ganz anders. Italien, Oesterreich-Ungarn, Rußland liefern die Haupteinwanderungselemente, die vielfach den ärmsten Klassen angehören und sich schwer assimilieren.

Figurierte Deutschland im Jahre 1881 mit 210 485, im Jahre 1882 mit 250 630 Einwanderern, so finden wir deren im Jahre 1905 nur noch 40 475 und im Jahre 1906 nur noch 37 564. Die glücklichere Lage der Industrie und des Ackerbaues in Deutschland sind die Ursachen dieses Rückganges. Skandinavien schickte im Jahre 1881 81 582, im Jahre 1882 sogar 105 326 Personen, im Jahre 1905 finden wir ihrer nur noch 60 325 und 1906 nur 52 781. Dagegen zählte Italien im Jahre 1881 nur 15 401 Einwanderer mit der Bestimmung nach den Vereinigten Staaten. Im Jahre 1905 finden wir ihrer 221 479 und im Jahre 1906 sogar 273 120 oder eine Vermehrung um 51 641 in einem einzigen Jahre; bemerkenswert ist, daß im Jahre 1906 allein 201 921 aus dem Süden Italiens kamen. Von diesen lassen sich zweifellos viele dauernd in Amerika nieder, aber eine große Zahl kommt nur für einen mehr oder minder langen Zeitpunkt, z. B. für den Sommer, in dem sie als Erdarbeiter Verwendung finden. Während man auf den Kais von Neapel in den Monaten März und April mit Menschen überlastete Schiffe nach Amerika abfahren sieht, bemerkt man, nur im entgegengesetzten Sinne, dasselbe Schauspiel im November und Anfang Dezember auf den Piers von New York, wenn die Dampfer nach Italien abfahren. Die Schnelligkeit der Verbindungen, die niedrigen Beförderungspreise und die sehr hohen Löhne auf der andern Seite des Ozeans begünstigen dies Suchen der „Arbeit auf weite Entfernung".

Wenn Oesterreich-Ungarn im Jahre 1881 nur 27 935 Personen nach den Vereinigten Staaten schickte, so finden wir deren im Jahre 1905 275 693 und im Jahre 1906 265 138, die sich teilen in 43 803 Polen, 42 848 Ungarn, 43 157 Kroaten, 31 848 Deutsche, 36 550 Slowaken, 14 884 Juden, 15 690 Ruthenen. Der Rest sind Dalmatiner, Italiener, Bulgaren usw. Rußland zählte nur 10 675 Einwanderer nach den Vereinigten Staaten im Jahre 1881. Im Jahre 1905 war diese Zahl gestiegen auf 184 897 und 1906 auf 215 665, die sich zusammensetzen aus 125 234 Juden, 46 204 Polen, 13 461 Finnen, 10 279 Deutschen, 13 697 Litauern, 937 Skandinaviern und, was besonders bemerkenswert ist, nur 5282 eigentlichen Russen.

Auch Griechenland sieht die Zahl seiner Auswanderer sich vermehren; betrug sie vor 1884 nur 1 pro Hundert, so waren ihrer im Jahre 1905 10 515, im Jahre 1906 19 489. Frankreich stellt nur ein kleines Kontingent mit 6957 im Jahre 1906.

Höchst interessant ist es zu prüfen, wo diese Einwanderer landen und bleiben. Natürlich steht New York an der Spitze der Häfen, in denen Einwanderer ankommen. Vom Juli 1905 bis Juli 1906 sind hier 608 647 Männer und 271 389 Frauen oder insgesamt 880 036 Einwanderer gelandet, 62 229 in Boston, 54 064 in Baltimore, 23 186 in Philadelphia, 23 186 in San Francisco. In den anderen Häfen ist die Zahl der Angekommenen nur unbedeutend.

Der Staat New York absorbierte für sich allein im Jahre 1906 nicht weniger als 874 708 Personen, d. h. 34 Prozent der Gesamtsumme der Einwanderung, 2 Prozent mehr als im Jahre 1904. 198 681 oder 18,1 Prozent sind in Pennsylvanien und 160 220 oder 13,43 Prozent in New Jersey, New Hampshire und zwei anderen benachbarten Staaten geblieben, die das bilden, was das Einwanderungsbureau „North Atlantic Division" nennt. Wir finden, daß 752 370 Personen, also 68,3 Prozent der Einwanderer in diesem Teile der Vereinigten Staaten geblieben sind. Die „North Central Division" (die Staaten Illinois, Ohio, Michigan, Wisconsin) erhält im Jahre 1906 242 990 Personen, 22,1 Prozent; 48 125 oder 4,4 Prozent gehen nach der „Western Division" (den Staaten Neu-Mexiko, Nevada, Idaho, Arizona, Montana, Utah, Wyoming, Oregon), 31 539 oder 2,9 Prozent gehen in die „South Atlantic Division" und 14 693 oder 1,3 Prozent in die „South Central Division", 230 103 Italiener sind allein in dem Staate New York geblieben, ebenso 22 937 Deutsche.

Die Juden sind während des letzten Jahres nach den Vereinigten Staaten in Zahl von 153 748 Köpfen gekommen; allein 125 234 kamen aus Rußland gegenüber 77 544 im Jahre 1904; 14 884 stammten aus Oesterreich-Ungarn, 3872 aus Rumänien usw. Sie kommen mit Frauen und Kindern in einem Zustand der Armut an, der an Elend grenzt und die jüdischen Wohltätigkeitsgesellschaften haben Mühe und Arbeit, um ihnen zu helfen und für eine so große Anzahl ihrer Glaubensgenossen Beschäftigung zu finden. Man muß bedenken, daß allein 95 261 in dem Staat New York geblieben sind und daß es nötig war, ein ganzes Jahr hindurch für die einfachsten Bedürfnisse dieses wahrhaften Exodus zu sorgen.

Sind nach der Meinung Roosevelts und der Amerikaner überhaupt die Verschiedenheit des Ursprunges und die Mischehen (in ethnologischer Hinsicht) sicher der Bildung eines neuen Typus des amerikanischen Volkes günstig gewesen, so beweisen doch andererseits die gebrachten Zahlen, daß durch die jetzige Einwanderung der Slawen, Italiener usw. eine entschiedene Verschlechterung stattfindet. Konnte sich früher eine wenigstens einigermaßen homogene assimilationsfähige Volksmasse in der Neuen Welt bilden, so dürfte in der Zukunft eine Umbildung des amerikanischen Volkes sich vollziehen und ein neuer Rassentypus herausbilden, der vielleicht das nationale, politische und kulturelle Leben in der Union minder günstig beeinflussen wird. So steigt am amerikanischen Zukunftshimmel — man denke auch nur noch an die fast 9 Millionen Neger und Mulatten und das starke Herüberströmen gelber Volkselemente — ein drohendes Gewölk auf, das schwere Gefahren in sich birgt. Manche Kenner der Verhältnisse behaupten, daß dieses schwarze Gewölk schon heute unheildrohend über der nordamerikanischen Union schwebe.

Deutsches Reich.

Leipzig, 6. Mai.

th. **Die Uebereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich** über den Schutz an Werken der Literatur und Kunst und an Photographien bestimmt, daß der Sondervertrag zwischen Deutschland und Frankreich vom 19. April 1883 aufgehoben und durch die neue Uebereinkunft ersetzt wird. So wird der Schutz gegen Uebersetzung geregelt. Den Urhebern von Werken, welche zum ersten Male in dem Gebiet eines der beiden vertragschließenden Teile veröffentlicht werden, steht im Gebiete des anderen Teiles während der ganzen Dauer ihres Rechtes an dem Originalwerke das Recht zu, ihre Werke zu übersetzen oder deren Uebersetzung zu gestatten, ohne daß es erforderlich wäre, daß der Urheber von seinem ausschließlichen Recht der Uebersetzung innerhalb der im Artikel 5 der Berner Uebereinkunft vorgesehenen Frist von 10 Jahren Gebrauch gemacht hat. War jedoch vor dem Inkrafttreten dieser Uebereinkunft eine Uebersetzung erlaubterweise ganz oder zum Teil erschienen, so bleibt die Befugnis des Uebersetzers zur Vervielfältigung, Verbreitung und Aufführung dieser Uebersetzung unberührt. Für Photographiewerke gelten ebenfalls die Vorteile der Uebereinkunft.

* **Die deutsch-französischen Beziehungen.** Die offiziöse „Wiener Polit. Korresp." schreibt: „Eine uns aus Paris zugehende Mitteilung betont, daß die Erörterung der Frage einer etwaigen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland allen Anscheine nach keine flüchtig vorüberziehende Episode bildet, sondern das internationale Interesse längere Zeit wachhalten dürfte. Am einleuchtendsten erscheint: die Annahme, daß die Interessen Frankreichs in Marokko und diejenigen Deutschlands in Kleinasien einen geeigneten Boden für die Verständigung zwischen Paris und Berlin bieten könnten. Es wird niemand bestreiten können, daß Deutschland in der Lage ist, durch seine Haltung die Durchführung der Frankreich infolge der Nachbarschaft Algiers mit Marokko daselbst zufallenden kommerziellen und wirtschaftlichen Rolle, die unter der Bezeichnung eines „speziellen Interesses" anerkannt wurde, leichter oder schwieriger zu gestalten. Bei der näheren Bestimmung und Abgrenzung dieses „speziellen Interesses", insbesondere hinsichtlich der bei seiner Geltendmachung anzuwendenden Mittel, können sich offenbar Schwierigkeiten ergeben, deren Beilegung durch eine vorhergängige Verständigung zwischen Paris und Ber-